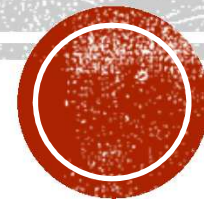


UMGANG MIT SEXUELLER GEWALT



15. Oktober 2020

Arno Helfrich

Sexuelle Gewalt ist jede Form der körperlichen Beeinträchtigung einer anderen Person in sexueller Hinsicht und/oder ihrer Androhung. Kennzeichen ist der Zwang bei fehlender Gleichheit der Interagierenden und/oder die fehlende Zustimmung eines Beteiligten Heute wird die Bezeichnung „Sexueller Missbrauch“ häufig durch den Begriff „Sexualisierte Gewalt“ ersetzt, um deutlich zu machen, dass es sich um Gewalt und nicht um Sexualität handelt.

(Ruth Habeland, Therapeutin Köln)

Gewalt beginnt dort, wo Mädchen und Frauen in ihrer persönlichen Freiheit eingeschränkt werden, also bereits dann, wenn sie bestimmte Orte, Wege oder Situationen meiden müssen, um nicht beleidigt, belästigt oder bedroht zu werden. Diskriminierungen verschiedener Art begegnen Frauen in der Werbung, in den Medien, im Internet etc. und Mädchen und Frauen sind in vielfältigen Situationen von tätlicher sexualisierter Gewalt bedroht.

(Bundesverband Frauenberatungsstellen und Frauennotrufe bff)

Straftatbestände

(Strafgesetzbuch StGB)

Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung

Geschützte Rechtsgüter

- Freiheit der Entscheidung über die geschlechtliche Betätigung
- ungestörte sexuelle Entwicklung des jungen Menschen
- Schutz vor schwerwiegenden sexuellen Belästigungen

Sexueller Übergriff

Sexuelle Nötigung

Vergewaltigung

Sexuelle Belästigung

Notruf

Opfer / Angehörige / Nachbarn

Persönliche Mitteilung bei Polizeiinspektionen
oder der Beratungsstelle K 105

Gefahrenabwehr ← **Polizei** → Strafverfolgung

Kontaktverbot
Platzverweis
Schlüsselsicherstellung
Gewahrsam

Opfer

Gewaltschutzgesetz
bei Verstoß/Übergriff

Anzeige
Zeugenvernehmung
Beschuldigtenvernehmung
Beweismittelsicherung

Justiz

Staatsanwaltschaft
Gericht

Strafverfolgung

(Strafprozessordnung StPO)

Anzeige

- bei Bekanntwerden eines strafbaren Vorfalls muss Polizei von Amts wegen Ermittlungen aufnehmen
- Anzeige kann nicht zurückgenommen werden
- Strafantrag durch Opfer für die Justiz zur Einstufung wichtig, Rücknahme möglich, aber keine automatische Verfahrenseinstellung
- Verjährung nach 20 Jahren (schwere Delikte)
- bei bestimmten Delikten beginnt die Verjährung erst ab dem 30. Lebensjahr

Vernehmung

- Vorbereitung evtl. mit Gedächtnisprotokoll
- Aussage auch über zurückliegende Übergriffe
- kein Anspruch auf Begleitperson
- Zeugnisverweigerungsrecht
- keine Selbstbezichtigung
- Wahrheitspflicht
- Mitteilung über Verfahrensausgang in Zeugenaussage beantragen
- Aktenzeichen geben lassen

Beweismittel

Tathergang / Hintergründe sollen erforscht werden

Personenbeweise

- Aussage des Opfers / Täters
- Aussage Zeugen (sehen, hören, erzählen)

Sachbeweise

- Verletzungen (Atteste, Fotos)
Zustand der Wohnung (Fotos)
Tatwerkzeug, beschädigte Gegenstände
- Atteste auch dann möglich, wenn damals andere Verletzungsursache angegeben wurde

Strafverfolgung

(Strafprozessordnung StPO)

Staatsanwaltschaft

StA prüft Vorgehen

- Verfahrenseinstellung (Beweislage, öffentliches Interesse...)
- Gerichtsverfahren

Nebenklage

- Akteneinsicht („Wer hat was gesagt“)
- Opfer auf Augenhöhe mit dem Täter
- Einflussnahme auf Verfahrensablauf

Anwalt:

- im Nebenklagefall
- ggf. Prozesskostenhilfeantrag

Gericht

- Verhandlung mit Entscheid über Einstellung / Auflage / Sanktion
- Erscheinungspflicht bei Ladung
- Anwalt möglich (ggf. Prozesskostenhilfe)
- Psychosoziale Prozessbegleitung auf Antrag bei Gericht möglich
- Gerichtsbegleitung ggf. über Beratungsstellen
- Zeugenbetreuungsstelle bei Gericht

Gefahrenabwehr

(Polizeiaufgabengesetz PAG)

Kontaktverbot

- persönlich, telefonisch, per FAX oder Email etc.
- jeglicher Kontakt muss der Polizei mitgeteilt werden
- notwendige Kontakte (Kleidungsübergabe...) in Absprache mit und in Begleitung der Polizei
- angemessener Zeitraum für Antrag nach GewSchG (i.d.R. 10 Tage)
- hinfällig, wenn das Opfer Kontakt aufnimmt oder zulässt
- Verstoß nicht strafbewährt

Platzverweis

- Täter geht, Schlüssel wird sichergestellt
- unabhängig der Miet- oder Eigentumsverhältnisse
- Täter sorgt selbst für seine Unterbringung
- angemessener Zeitraum für Antrag gem. GewSchG (i.d.R. 10 Tage)
- hinfällig, wenn das Opfer Kontakt aufnimmt oder zulässt
- Verstoß nicht strafbewährt

Gewahrsamnahme

- max. bis Ablauf des nachfolgenden Tages durch Polizei
- Richtervorbehalt
- bis zu 3 Monaten
- Verlängerung möglich

Aufenthaltsüberwachung

- max. bis Ablauf des nachfolgenden Tages durch Polizei
- Richtervorbehalt
- bis zu 3 Monaten
- Verlängerung möglich

Gewaltschutzgesetz

Gewaltschutzgesetz

Antrag auf

- Näherungs-/Kontaktverbot
- Wohnungszuweisung, befristet
- Zwangsgeldandrohung

Antragstellung

- Rechtsantragsstelle, Maxburgstr. 4
- Rechtsanwalt (Prozesskostenhilfe)

Eilentscheidung, d.h. zeitnah zum Übergriff

Beweismittel

- eigene Beweismittel (Gedankenprotokolle)
- Anzeige bei Polizei hilfreich

Verstoß/erneuter Übergriff

Anzeige notwendig

- Notruf / Polizeiinspektion
- Opfer lässt Kontakt zu - kein Verstoß, Antrag wird unwirksam
- Sorge / Umgangsrecht, Trennung / Scheidung zeitnah mit Anwalt / Beratungsstelle abklären

Wer hilft noch?

Frauenberatungsstellen

Frauennotruf

Frauenhilfe

Frauenhilfe

Frauentherapie

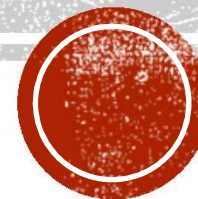
Evangel. kath. Frauen

Stelle Lkr. München

Institut für Rechtsmedizin

Im Notfall 110

**HERZLICHEN
DANK
FÜR IHRE
AUFMERKSA
MKEIT!**



**Kommissariat 105
Ettstraße 2
80333 München**

**Tel. 089 2910 4105
Fax 089 2910 4400
pp-mue.muenchen.k105@polizei.bayern.de**